Abend-Ausgabe.

Berliner Tageblatt.

Nr. 102. Berlin, Freitag, den 25. Februar 1887. **XVI. Jahrgang.**

Politische Tagesübersicht.

Die Zukunft der Sparkassen.

Als zu Anfang des Jahres 1885 die Postsparkasse wie der Hecht im Karpfenteiche unter die Sparkassen fuhr, kam Leben und Bewegung in das Sparkassenwesen. Auf dem deutschen Sparkassentage begann sich's zu regen, der Sparkassenverband des Königreichs Sachsen machte Front gegen die Postsparkasse, der westdeutsche Sparkassenverband nahm die Durchführung der Uebertragbarkeit der Einlagen in die Hand, es bildeten sich Sparkassenverbände in den Provinzen Brandenburg, Hannover, Sachsen, Schlesien, Ost- und Westpreußen und im Königreich Württemberg.

Die Sparkassenreformen standen überall auf der Tagesordnung. In der Presse, in Broschüren und Flugschriften wurde die Vermehrung der Sparkassen und ihrer Nebenstellen, das tägliche Offenhalten derselben, die Errichtung von Pfennig- und Schulsparkassen, die Einführung der Uebertragbarkeit der Einlagen und gesperrter Sparkassenbücher empfohlen und gefordert.

Die Bewegung ließ jedoch nach, als die Kommission des Reichstags die Ablehnung des Postsparkassengesetzentwurfs beschlossen hatte und das Schwert des Damokles nicht mehr über den geängstigten Häuptern der Sparkassen zu hängen schien. Die Sparkassenverbände im Königreich Württemberg und in den Provinzen Hannover Sachsen, Schlesien, Ost- und Westpreußen kamen über den ersten Verbandstag nicht hinaus, eine wesentliche Vermehrung der Sparkassen und ihrer Nebenstellen hat nicht stattgefunden, der Uebertragbarkeitsverkehr ist von einer allgemeinen Einführung noch weit entfernt, die Errichtungen von Pfennigsparkassen blieb bei einem erfreulichen Anfange, die Schulsparkassen sind an dem Widerwillen der Scholarchen gescheitert, die Einführung gesperrter Sparkassenbücher hat keine besonderen Fortschritte gemacht, und nur hier und da ist von der Einrichtung einer Altersversorgungskasse zu hören gewesen.

Die Entfernung der Postsparkassengefahr scheint die Sparkassenverwaltungen in Schlummer gewiegt zu haben, und es dürfte an der Zeit sein, sie im Interesse ihrer Zukunft ein wenig aufzurütteln.

Der heutige Zustand des deutschen Sparkassenwesens ist keineswegs so erfreulich, wie er bisweilen geschildert wird, und die Entwickelung der preußischen Sparkassenangelegenheiten durchaus keine so günstige, wie man sie bisweilen darstellt.

Es ist ja richtig, daß Deutschland 2254 Sparkassen hat und daß Preußen 1285 Sparkassen und 2563 Sparstellen zählt; es ist auch wahr, daß die Gesammteinlagen der preußischen Sparkassen mehr als zwei Millionen Mark betragen, daß die Zahl der Sparkassenbücher in Preußen sich auf nahezu vier Millionen beläuft, daß die Durchschnittseinlage auf ein Buch 537 Mark wenig übersteigt, daß mehr als eine Milliarde zur Befriedigung des Hypothekenkredits verwendet wird und daß die preußischen Sparkassen im letzten Berichtsjahre fast 7 Millionen Mark für gemeinnützige Zwecke hergegeben haben.

Aber auch dies Bild hat seine Schattenseite.

Zunächst ist die Entwickelung des Sparkassenwesens im Osten des preußischen Staates in einer Weise zurückgeblieben, daß man erstaunt fragen muß, ob dort so wenig Sinn oder bei den Regierungen so wenig Fürsorge für die Förderung des Sparens vorhanden ist. Wenn es im ganzen Regierungsbezirk Gumbinnen nur zwei städtische Sparkassen und ebensowenig im Regierungsbezirk Bromberg, in der ganzen Provinz Westpreußen aber nur vier städtische Sparkassen giebt, wogegen Sachsen deren 105, Westfalen 147 zählt, wenn im Regierungsbezirk Gumbinnen erst auf 1221 Quadratkilometer, im Regierungsbezirk Magdeburg aber schon auf 49 Quadratkilometer eine Sparkasse kommt, wenn im Regierungsbezirk Gumbinnen nur 59,876 Einwohner, in Schleswig aber je 3490 Einwohner eine Sparkasse haben, so liegt der Grund solcher Mißverhältnisse nicht allein in der größeren Dichtigkeit und in der höheren Wohlhabenheit der Bevölkerung Sachsens, Westfalens und Schleswigs gegen die des Ostens, sondern auch in der mangelhaften Förderung des Sparkassenwesens, das im Osten seit Jahrzehnten in vollständiger Stagnation sich befindet. Es ist nothwendig, daß hier Wandel geschaffen wird und daß, wenn die Kreise und die Städte dort nicht aus eigenem Antriebe mit der Errichtung neuer Sparkassen vorgehen, die Regierungen die erforderliche Pression ausüben.

Nächst der Erleichterung der Spargelegenheit in allen Gegenden der Monarchie, sollte bei allen Sparkassen darauf gehalten werden, daß sie täglich geöffnet sind und täglich Spargelder annehmen. Es giebt noch eine ganze Reihe von Sparkassen, die, der Bequemlichkeit der Beamten zu Liebe, wöchentlich nur ein, zwei oder drei Tage offen sind, und es ist noch eine große Zahl von Sparkassen vorhanden, welche in jedem Jahre mehrere Wochen hindurch zum Zwecke der Zinsberechnung geschlossen werden, obwohl dies leicht vermieden werden kann, wenn die Zinsen entweder kontokorrentmäßig oder, nach Abschluß der Konten am Ende des Jahres, erst im folgenden Monat berechnet werden. Nur das tägliche Offenhalten der Sparkassen kann die Entwickelung des Sparkassenwesens fördern.

Gefördert wird dieser Zweck auch, wenn der Sparer das Sparkassenbuch unentgeltlich erhält; geradehin gefährdet aber wird dieser Zweck, wenn dem Sparer für das Sparkassenbuch ein Preis abgenommen wird, welcher den Werth des Buchs ganz erheblich übersteigt.

Durchaus geboten erscheint es ferner, daß von den Sparkassen jede, auch die kleinste Einlage angenommen wird und zu diesem Zweck überall Pfennigsparkassen errichtet werden, so daß die Kassen ihren Zweck, die Spargelder des kleinen Mannes zu sammeln, erfüllen. Nicht minder nothwendig dürfte es sein, daß andererseits der Höchstbetrag der Einlagen angemessen begrenzt wird, damit die Sparkassen nicht Anlagestellen für Kapitalisten werden. Eine statistische Ermittelung des Einlagebestandes der einzelnen Kontenklassen (bis 60, 150, 300, 600 und über 600 Mark) fehlt bisher leider, würde aber den Nachweis liefern, daß nicht wenige Sparkassen große Kapitalien unter ihre Einlagen aufgenommen haben und auf diese Weise die Bestimmung der Sparkassen mißachten.

Die Uebertragbarkeit der Einlagen von einer Sparkasse auf die andere, ohne Zinsverlust und ohne Kosten für den Einleger, mag vielleicht in ihren Wirkungen Anfangs überschätzt sein, ist aber, wenn sie allgemein durchgeführt wird, für die Erleichterung des Verkehrs keineswegs ohne Bedeutung und sichert dem Sparer bei dem Wechsel des Aufenthalts die Ueberführung seiner Einlagen an den neuen Wohnort.

Auch die Einführung gesperrter Sparkassenbücher, welche die Fürsorge für die Zeit der Großjährigkeit, der Ausstattung und ähnlicher Ereignisse erleichtert, so wie die Errichtung von Altersversorgungskassen, welche für die Zeit des Alters und der Arbeitsunfähigkeit sorgen sollen, gehören zu den erfreulichsten Verbesserungen des Sparkassenwesens.

Wollen aber die Sparkassen die Durchführung der nothwendigen Reformen mit Erfolg erstreben und für ihre eigene Zukunft sorgen, so sollten alle Sparkassen in den einzelnen preußischen Provinzen, wie die Sparkassen in den Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands zu Verbänden zusammentreten, um unter sich die örtlichen Interessen zu fördern, und alle diese Verbände sollten zu einem großen deutschen Sparkassenverbande sich vereinigen, um die Gesammtinteressen des deutschen Sparkassenwesens zu vertreten.

Auf der Grundlage einer solchen Organisation ist die Durchführung der erforderlichen Reformen gesichert und die vereinigten deutschen Sparkassen bilden dann einen Faktor, mit welchem die Zukunft zu rechnen haben wird.

---

* Die neue Kirchenvorlage findet keine Gnade bei der klerikalen Presse, die wie auf eine ausgegebene Losung einmüthig die Bestimmungen über die geistlichen Orden als ungenügend, diejenigen über die Anzeigepflicht als der Kirche unwürdig bezeichnet. Was die „Germ." hierüber sagt, stimmt fast wörtlich mit den betreffenden Ausführungen der „Köln. Volksztg.", des „Westf. Merkur" u. s. w. überein. Man wittert hinter der Unvollständigkeit der von der Regierung gewährten Konzessionen einen taktischen Zweck, den man durchkreuzen will. Heißt es doch sogar, daß zwischen Herrn v. Schlözer und der Kurie ein weiter gehender Entwurf vereinbart gewesen sei, und daß die Regierung (ob mit, ob ohne Zustimmung des Vatikans, bleibe dahingestellt) den größten Theil ihrer Zugeständnisse noch zurückbehalten habe, vielleicht um das Centrum für seine Haltung in der Septennatsfrage zu bestrafen, vielleicht auch, um es durch die Aussicht auf weitere Wohlthaten mürbe zu machen. Diese Darstellung würde zu ihrer Richtigkeit voraussetzen, daß der Papst zu der stückweisen Vorlegung der Revisionsbestimmungen seine Zustimmung gegeben — eine Annahme, die bei der gegenwärtigen lavirenden und scheinbar sehr entgegenkommenden Haltung der Kurie nicht ganz ohne Wahrscheinlichkeit wäre.

---

* Die neueste päpstliche Kundgebung soll, nach der „Nordd. Allg. Ztg.", darauf hinausgehen, daß die gläubigen Söhne der katholischen Kirche davor gewarnt werden, ihre Stimme Sozialdemokraten zu geben. Der Papst weise darauf hin, daß er die Sozialdemokraten in seinen Hirtenbriefen wiederholt als eine Gefahr für die Kirche bezeichnet habe. Nach der Versicherung des Centrumsmannes v. Hertling soll dagegen die neue Papstnote die Erklärung enthalten, das Centrum müsse bestehen bleiben und zwar unter seinen bisherigen Führern. Das Kanzlerblatt verschweigt diesen letzteren Punkt, an dem offenbar dem Papst noch viel mehr gelegen ist, als an der Bekämpfung der Sozialdemokratie.

---

* Ebenso offenkundig wie der Wahlsieg der Kartellparteien sind die Mittel, mit deren Hilfe er errungen worden. Nicht nur die konservativen, sondern auch die nationalliberalen Kandidaturen wurden als offizielle betrachtet und behandelt; sie wurden mit dem Aufgebot aller möglichen amtlichen und halbamtlichen Machtmittel durchgedrückt, und dazu kommen noch unzählige Wahlbeeinflussungen von privater Seite, wobei es mit der Wahlfreiheit und dem Gesetz nicht sehr genau genommen wurde. Bei alledem ist die „Post" so naiv, zu meinen, „daß bei der letzten Wahl weniger als sonst von den unterlegenen Parteien über Wahlmachinationen und amtliche Beeinflussungen geklagt worden und daß uns anscheinend die ermüdenden Verhandlungen darüber erspart bleiben werden." Ja, die „Post" spricht sogar von einem „moralischen Fundament" des Wahlfeldzuges, und was sie damit meint, sagt sie deutlich genug, indem sie selbstgefällig hinzufügt:

> „Wir können daher neben der patriotischen Genugthuung über den großen Wahlerfolg auch mit besonderer Befriedigung auf unseren eigenen Antheil an der Kampagne dieses Winters zurückblicken. In der gegnerischen Presse sind wir denn auch als die bête noire angesehen und demzufolge vor allen Anderen lebhaft bekämpft worden. Das ist uns schon sehr gut bekommen und wird uns nunmehr wohl noch weitere gute Früchte tragen."

Die kolossale Kriegslüge, mit der die „Post" den Wahlfeldzug einleitete, das ist das „moralische Fundament". Frivoler ist das jesuitische „Der Zweck heiligt die Mittel" wohl noch niemals bethätigt worden.

---

§ Aus dem Reich der Erfindungen.

Von Dr. **Karl Klar.**

Elektrisches Licht und Gaslicht.

Jeder glühende Körper leuchtet um so heller, je heißer er ist, und so strahlt auch eine Gasflamme um so mehr Licht aus, je höher die Verbrennungstemperatur des Leuchtgases ist. Nach Beobachtungen von Friedrich Siemens in Dresden hat die gewöhnliche offene Gasflamme 1600 Grad C.; gelingt es, die Hitze derselben bis 1700 Grad zu steigern, so erhält man ein sehr helles Licht, und bei 1800 Grad ergiebt sich die Leuchtkraft des elektrischen Lichtes. Der Hitzegrad läßt sich nun steigern durch richtige Luftzuführung; denn bei zu viel Luft wirkt der Ueberschuß abkühlend, bei zu wenig Luft verbrennt das Gas unvollständig, die Flamme blakt. Hierin liegt der Erfolg der aufgesetzten Glascylinder und der bekannten Argandbrenner, bei welchen dem aus einem Ringspalte ausströmenden Leuchtgase sowohl von außen, als von innen Luft zugeführt wird. Ein neueres Mittel der Hitzesteigerung aber ist die Vorwärmung des Leuchtgases und der zugeführten Luft. Wie ist nun die Wirkung dieser Vorwärmung zu erklären?

Das Leuchtgas, eine chemische Verbindung von Kohlenstoff und Wasserstoff, verbrennt bei richtiger Luftzufuhr mit Sauerstoff der Luft zu Kohlensäure und Wasserdampf; bei unvollständiger Verbrennung kann auch statt der Kohlensäure nur Kohlenoxyd, ein giftiges Gas, entstehen, ja es kann ein Theil des Kohlenstoffs unverbrannt bleiben und sich als Ruß absetzen. Bei vollständiger Verbrennung, mag sie bei hoher oder niedriger Temperatur stattfinden, erzeugt jedes Liter Gas eine ganz bestimmte, von seiner Zusammensetzung abhängige Wärmemenge, und diese ist es, welche die Luft- und Gastemperatur von etwa 20 Grad C. (Zimmertemperatur) auf etwa 1600 Grad der Kohlensäure und des Wasserdunstes steigert. Wird nun dem Gase und der Luft vor der Verbrennung soviel Wärme zugeführt, daß sie z. B. 300 Grad heißer als gewöhnlich in die Flamme eintreten, so muß diese Wärme auch während und nach der Verbrennung in der Flamme enthalten sein. Die dadurch bewirkte Temperatursteigerung wird zwar nicht volle 300 Grad betragen, denn nach Untersuchungen von Mallard und Lechatelier (1883) brauchen alle Gase und Dämpfe bei 1600 Grad für jeden Grad Zunahme wohl drei bis viermal soviel Wärme als bei Nullgrad; doch wird es dem Leser einleuchten, daß durch eine Vorwärmung von 300 bis 400, ja bis 500 Grad die Gasflamme um 100 bis 150 Grad heißer gemacht werden kann. Wenn ich nun auch die Angabe von Fr. Siemens, daß hierdurch die Lichtstärke aufs Vier- bis Fünffache steigt, dahingestellt sein lassen muß, indem mir die betreffenden photometrischen Versuche nicht näher bekannt sind, so ist es doch Thatsache, daß durch die verhältnißmäßig geringe Vorwärmung ein ganz erheblicher Lichtgewinn erzielt wird.

Zum Schluß betrachten wir die beiden bemerkenswerthesten Gaslampen, welche den Gedanken der Vorwärmung verwirklichen: Die Siemensche Regenerativlampe und die Wenhamlampe. Beide bewirken die Vorwärmung durch Wiedergewinnung (Regeneration) der sonst nutzlos verloren gehenden Wärme der Verbrennungsgase (Kohlensäure und Wasserdampf).

Der Brenner der **Regenerativlampe** von Fr. Siemens besteht aus einer größeren Anzahl (bis 24) paralleler, im Kreise angeordneter Metallröhrchen, deren Flämmchen sich zu einer großen, runden Flamme vereinigen, welche außen durch einen Glascylinder, der nicht höher als der Flämmchen befindet sich ein kurzer Porzellancylinder, und man bemerkt, daß die Spitzen aller Flämmchen sich über den oberen Rand dieses Porzellancylinders nach innen biegen, daß dadurch das Flackern derselben vollständig verhindert und ein ruhiges, dem Auge wohlthuendes Licht erzielt wird. Die Verbrennungsgase steigen nämlich nicht nach oben, sondern werden in diesen Porzellancylinder hineingefangt, an welchen sich unten ein etwas bauchiges, unten geschlossenes Metallrohr anschließt, dessen Temperatur bis 480 Grad C. steigen soll. Etwas unterhalb der Mitte dieses Rohres führt seitlich ein Kanal in einen Abzugsschlot, welcher bei Straßenanlagen (z. B. in der Leipzigerstraße) den Eindruck macht, als hielte man sich mit gebogenem Arm eine in der Mitte erfaßte Papierrolle senkrecht mitten auf den Kopf; bei Ampeln ist der Schlot in einem Arm des lyraförmigen Bügels untergebracht, während der andere Arm zur Gaszuleitung dient. Das Gas tritt in ein zweites, etwas weiteres bauchiges Rohr, welches das erstere, die Verbrennungsgase nach unten führende umgiebt und oben die erwähnten 24 Metallröhrchen trägt; auf diesem Wege wird das Gas stark vorgewärmt. Ein drittes und viertes bauchiges Rohr, jedes etwas weiter als das vorhergehende, führen die frische Luft in den kurzen Glascylinder, und zwar führt das dritte die Luft vorwärmend mitten zwischen die Brennerröhrchen und das heiße Abzugsrohr, das vierte an den äußeren Rand der Flamme. Die Laterne oder Glaskugel ist bis auf diese Luftzuführung luftdicht verschlossen, nur der senkrechte (als „Papierrolle" erwähnte) Theil des Schlotes ragt mit seinem unteren Ende in die Laterne hinein und hat genau über der Flamme eine kleine trichterförmige Oeffnung, welche etwa nach oben gestiegene Verbrennungsgase ableitet und dadurch beim Anzünden den Luftzug im Schlot in Gang bringt.

Bei der **Wenhamlampe** (Patent Nr. 25354) ist die Anordnung fast in allen Punkten die umgekehrte. Der Brenner ist ein Argandbrenner, dessen ringförmiger Spalt für die Ausströmung des Gases nach unten gerichtet ist, und die ringförmige Flamme brennt fast wagerecht von innen nach außen über den Rand eines auf dem Brenner befestigten Metallhutes hinweg. Ein weiterer Metalltrichter führt dann die Verbrennungsgase in einen cylinderförmigen eisernen Schlot, welcher durch zwei senkrechte parallele Wände in einen mittleren viereckigen und zwei seitliche halbmondförmige Kanäle getheilt ist. Nur die letzteren, noch durch derbe Querwände versteiften Kanäle dienen zur Abführung der heißen Gase; der mittlere viereckige Kanal ist oben geschlossen und dient zur Luftzuführung durch seitliche Oeffnungen. Das Ganze wird nämlich noch von einem oben geschlossenen Metallmantel umgeben, an dessen unterem Rande die frische Luft eintritt, dann an den heißen Cylinderwänden aufsteigt, durch die erwähnten Seitenöffnungen in den mittleren Kanal gelangt und darin nach unten gezaugt wird. Unten theilt sie sich in einen inneren und einen äußeren Strom; der innere Luftstrom wird durch eine wagerechte Ablenkungsscheibe gegen die innere und untere, der äußere Luftstrom wird durch den erwähnten Metallhut gegen die äußere und obere Fläche der Flamme geleitet. Das Gas wird durch ein innerhalb des viereckigen Luftzuführungskanals absteigendes Mittelrohr zum Brenner geleitet, also darin gleichfalls vorgewärmt. Eine halbkugelige Glas-Glocke schließt die Flamme luftdicht ab.